IV. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRAL-INFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

Redaktion und Verlag:
OSCAR GRÜN
ZURICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 28 75

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Jahresabonn. Inland Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50
Ausland Fr. 15.—, Amerika 5 Doll. Erscheint wöchentlich



Offices in America:
NEW-YORK, 119 Nassau St.
PITTSBURGH, Pa. 903 Bluff St.
CHICAGO, ILL. 805 S. Marsfield

AGENCE CENTRALE DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Nummer 172 | 9. Dezember 1921 | Abdruck nur gegen Quellenangabe | ח׳ כסלו תרפ״ב | Einzelnummer 50 Cts.

Prof. William Rappard über das Palästinamandat.

Interview der „JPZ".

(JPZ) Wie bereits in Nr. 171 gemeldet, bereisten die Mitglieder der Subkommission des Völkerbundes für die Mandate die Hauptorte der Mandatarländer, so Paris, London und Brüssel, um mit den betreffenden Regierungen verschiedene Besprechungen abzuhalten. Als Vertreter des Sekretariates nahm daran der Direktor der Mandatssektion des Völkerbundes, Prof. Rappard, teil. Nach seiner Rückkehr aus London, die vor einigen Tagen stattfand, war Prof. Rappard so freundlich, am 5. Dez. den Genfer J. R.-Korrespondenten der „Jüdischen Presszentrale Zürich" im Palais des Nations zu empfangen. Prof. Rappard, der mit den leitenden politischen Kreisen Englands Fühlung genommen hat, machte dem Korrespondenten der „JPZ" nachstehende Mitteilungen:

Auf die Frage, wie es sich mit der Ratifizierung des Palästinamandates durch den Völkerbund verhalte, erklärte Prof. Rappard:

„Im Laufe des Monats Januar 1922 wird eine Sitzung des Völkerbundsrates stattfinden. Ich kann Ihnen aber noch nicht bestimmt sagen, ob die Frage des Palästinamandates dort verhandelt werden wird, da diese Frage mit dem Vertrage von Sèvres eng zusammenhängt."

„Darf ich Sie um Aufklärung bitten, inwiefern diese beiden Fragen zusammenhängen?"

„Bis zum Inkrafttreten des Vertrages von Sèvres ist Palästina de jure noch als Teil des ottomanischen Reiches zu betrachten, der von England militärisch okkupiert ist. Erst durch Ratifizierung des Vertrages von Sèvres erhält England endgültig das Mandat über Palästina. Nun ist es aber kaum zu erwarten, dass nach den von Frankreich durch Franklin Bouillon getroffenen Abmachungen mit Angora und den letzten Ereignissen in Kleinasien der Sèvres-Vertrag unangetastet aufrecht erhalten bleibt. Trotzdem kann ich Ihnen versichern, dass die englische Regierung die Bestrebungen des Zionismus zu verwirklichen beabsichtigt. Auf diese Weise ist nunmehr ein circulus vitiosus entstanden. Die zionistischen Führer verlangen von der engl. Regierung die Ratifizierung des Mandats durch den Völkerbund, da ohne eine solche die jüd. Immigranten und Finanziers keine Möglichkeit haben, ihre konstruktive Arbeit in Palästina fortzusetzen. Andererseits verlangt die engl. Regierung von den Zionisten vorerst die Erbringung des Beweises ihrer Leistungsfähigkeit. Vielleicht könnte die Washingtoner Konferenz diese Sachlage zum Guten ändern."

Unser Genfer Korrespondent lenkte darauf die Aufmerksamkeit Prof. Rappards auf die Meldung der „JPZ", wonach der amerikanische Unterstaatssekretär des Aeussern, Fletcher, Herrn Sokolow versichert hätte, dass die amerikanische Regierung die zion. Bestrebungen unterstützen werde und dass die Note Hughes' wegen der Mandate A und B keinen Bezug auf die Wiedererrichtung des jüd. nationalen Heims in Palästina hätte. Diese Meldung nahm Prof. Rappard, der der zion. Sache wohlgesinnt ist, mit grossem Interesse auf

Prof. Rappard ersuchte sodann um Aufklärung über die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Brandeisgruppe und der Leitung der zion. Weltorganisation, wobei unser Korrespondent darauf hinwies, dass dieser Konflikt einen rein taktischen Charakter trage. Die Brandeisgruppe bestehe darauf, dass die konstruktive Arbeit in Palästina vermittelst der Privatinitiative gemacht werde, wohingegen die zion. Organisation eine Volksaktion vermittelst des Keren Hajessod wünsche. Prof. Rappard nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, dass Justice Brandeis und seine Kollegen nach wie vor für den Aufbau Palästinas arbeiten.

Besprechung zwischen Zionisten und der arabischen Palästinadelegation.

(JPZ) Im Colonial Office fand am 29. Nov. zwischen Weizmann, der von Georg Halpern und Berthold Feiwel begleitet war und den Mitgliedern der arabischen Palästinadelegation mit Musa Kazim Pascha an der Spitze, eine inoffizielle Besprechung statt.

Einstellung der Evakuierung der ukrainischen Flüchtlinge aus Bessarabien.

(JPZ) Wie von der Exekutive der Jüd. Welthilfskonferenz gemeldet wird, hat infolge der Bemühungen der Delegation der Exekutive der „WHK" in Bukarest (s. „JPZ" Nr. 171), die vom Vertreter Dr. Nansens, High Commissioner für die Notleidenden in Russland, wärmstens unterstützt wurde, die rumänische Regierung die Evakuierung der jüd. Heimlosen aus Bessarabien gänzlich eingestellt. Die rumänische Regierung hat auch gestattet, dass die Exekutive der „WHK" zusammen mit Dr. Nansen eine Kommission auf das linke Ufer des Dniestr entsende, um dort die Lage der jüd. Heimlosen jenseits des Dniestr zu studieren und ihnen Hilfe zu bringen. Ausserdem hat die rumänische Regierung gestattet, dass diejenigen ukrainischen Heimlosen, die die Möglichkeit haben, nach Amerika oder anderen Ländern zu emigrieren, aus der Ukraine nach Rumänien hereingelassen werden, um dort Vorbereitungen für ihre weitere Reise treffen zu können.

Sir Alfred Mond über die Lage in Palästina.

(JPZ) Der Chefredakteur des Jerusalemer „Doar Hajom", Itamar Ben Awi, hatte in London eine Unterredung mit Minister Mond über die jetzige Lage in Palästina, die wir, da die betreffende Nummer des „Doar Hajom" ausnahmsweise bei uns nicht eingetroffen ist, an Hand anderer Zeitungsmeldungen wiedergeben. Sir Alfred Mond führte aus: Ich werde niemals den Eindruck vergessen, den auf mich Palästina, seine Einwohner, Kolonisten, Chaluzim sowie Arbeiter gemacht haben. Bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit werde ich nochmals Palästina besuchen und dort längere Zeit verbringen. Es ist auch möglich, dass Lloyd George demnächst Palästina besuchen wird. Voriges Jahr gab es einen Moment, wo Lloyd George schon daran war, eine Reise nach Palästina zu unternehmen. Auch Lord Reading sollte damals nach Palästina fahren, aber die Zeit war kostbar und so mussten sie beide ihre Reise verschieben. Nachdem Ben Awi Sir Alfred Mond über die jetzige Lage in Palästina berichtet und erklärt hatte,

dass man auf Beruhigung der Gemüter hoffen könne, führte Mond weiter aus: Wenn Sie doch wüssten, welchen Freund die Juden in Palästina an Lloyd George haben, wie gross sein Glaube an die Mission der Juden ist und seine Begeisterung für den zion. Gedanken. Balfour ist fürwahr der erste, der den Zionismus begriffen hat, aber Lloyd George ist der Kämpfer für die Verwirklichung dieses Gedankens. Die Unruhen und Intrigen haben auf ihn nicht den geringsten Eindruck gemacht; Palästina muss ein nationales Heim für Juden werden. Dies ist der feste Beschluss von Lloyd George und muss auch der Beschluss jeder künftigen Regierung sein. Auch die arabische Delegation konnte sich jetzt überzeugen, dass dem so ist. Aber der Wille der engl. Regierung, die Balfour-Deklaration und die Zustimmung des Völkerbundes sind noch immer wenig. Nehmen sie z. B. Irland, Aegypten oder Indien; niemand wird leugnen, dass England in diesen Ländern Rechte besitzt, Rechte, die auf Vergangenheit und Macht basieren, und trotzdem tritt es in Verhandlungen ein, mit den Iren, Aegyptern und Indiern und vielleicht wird Lloyd George das Glück haben, all diese Fragen zum gemeinsamen Wohle zu lösen. Dasselbe ist auch mit Palästina der Fall. Wir haben alle Ansprüche auf dieses Land, die aufs neue bestätigt worden sind, aber es wohnen dort Tausende von Arabern und wir müssen deshalb einen Weg suchen zu freundschaftlicher Verständigung und gemeinsamer Arbeit. Ich bin überzeugt, dass ein solcher Weg vorhanden ist, man braucht ihn nur zu suchen. Die Palästinenser müssen noch eines bedenken: England ist bereit, am Aufbau des nationalen Heims behilflich zu sein, aber England glaubt bloss an Tatsachen. Den Palästinensern fehlt das Verständnis für Mass und Proportion, die Fähigkeit, die Lage so zu beurteilen, wie sie wirklich ist. Der richtige Weg nach Zion ist, in allem Mass zu wissen. Seid bescheiden, macht keinen Lärm und lernt von England; wenn die Palästinenser, Juden wie Araber, dies begriffen haben werden, wird die Krise für immer verschwunden sein.

Vereinigung sämtlicher jüdischer Emigrations-Organisationen.

(JPZ) Berlin. -R. - Am 5. Dez. hat in Berlin eine Sitzung des von der letzten Prager Emigrationskonferenz im Sept. gewählten Exekutiv-Komitees unter Vorsitz von Motzkin stattgefunden, welche sich vor allem mit dem Plane einer Vereinigung sämtlicher jüd. Emigrationsorganisationen beschäftigte. Bekanntlich ist der Anstoss hierzu von der Konferenz ausgegangen, welche kürzlich in Paris seitens der grossen philanthropischen Verbände auf Initiative der „JCA" veranstaltet wurde, nachdem bereits die Prager Konferenz im Sept. die Emigrationszentrale beauftragt hatte, Verhandlungen wegen Vereinheitlichung der Tätigkeit auf dem Gebiete der Emigration mit den anderen Organisationen anzuknüpfen. Obwohl im Rahmen des Exekutiv-Komitees von einzelnen Seiten mit Rücksicht auf den rein philanthropischen Charakter der anderen Verbände Bedenken laut wurden, hat doch das Komitee beschlossen, den Vorschlag der Pariser Konferenz anzunehmen. Damit ist die unmittelbare Vereinigung aller auf dem Gebiet der Emigration arbeitenden Organisationen, darunter „JCA", „JDC", „Hias", „Emigrationszentrale", „Hilfsverein der deutschen Juden" usw. angebahnt. Wie wir erfahren, soll in Ausführung dieses Planes demnächst ein grosses zentrales Emigrationsbüro in Paris gegründet werden, das von einem Komitee geleitet wird, in welchem alle beteiligten Organisationen vertreten sein werden. Diese Vereinigung ist als ein äusserst wichtiger Schritt wärmstens zu begrüssen, da das ungeheuer schwierige und beinahe unlösbare Problem der Regelung der jüd. Emigration nur gelöst werden kann, wenn jede Zersplitterung der Kräfte vermieden wird und alle beteiligten Faktoren planmässig zusammenwirken. Eine der ersten Taten der neuen Zentralstelle soll die Schaffung der Emigrationsbank sein, die es ermöglichen wird, die vielfach noch gebräuchlichen philanthropischen Methoden durch sozialpolitische Massnahmen zu ersetzen.

Weizmann geht nicht nach Amerika.

(JPZ) Berlin. - R. - Weizmann, der seine Amerikareise derzeit aufgegeben hat und an der Sitzung des A.C. in Wien teilnehmen wird, kommt am 20. Dez. für mehrere Tage nach Berlin. Es ist das erste Mal, dass der Zionistenführer Deutschland besucht. Die deutschen Zionisten bereiten einen grossen Empfang vor, auch ist geplant, eine Plenarsitzung des Zentralkomitees der Zion. Vereinigung für Deutschland abzuhalten, bei der Weizmann sprechen soll.

Offizielle Erklärung der Zion. Org. bez. der Affaire Jabotinsky.

(JPZ) In bezug auf die Affäre Jabotinsky, (s. „JPZ„ No. 171) veröffentlicht die zion. Exekutive folgende offizielle Erklärung: Obwohl, laut den Prinzipien der Zion. Org., die Verhandlungen zwischen Jabotinsky und Slavinsky (Vertreter Petljuras „JPZ") keine Einmengung in politische Streitigkeiten oder zivile Kriege gewesen sind, sie vielmehr bloss ein Ziel hatten, die jüd. Bevölkerung in der Ukraine vor Pogromen zu schützen, erachtet es die Exekutive nichtsdestoweniger für nötig, kategorisch zu erklären, dass die Zion. Org. niemals Partei gegriffen hat für eine oder die andere politische Partei, Gruppe oder politische Macht, da dies nicht im Einklang wäre mit den Prinzipien der Zion. Org. Die Exekutive erklärt, dass die Verhandlungen zwischen Jabotinsky und Slavinsky privaten Charakter getragen haben. Weder die Exekutive als ganze, noch ihre einzelnen Mitglieder, mit Ausnahme Jabotinskys, haben irgend etwas von diesen Verhandlungen gewusst.

Russland, Westeuropa und Judentum.

(JPZ) - R - Der Professor der Petersburger Universität, Dr. David Koigen, hielt in einer Veranstaltung der „Ewer" Buchhandlung in Berlin einen interessanten Vortrag über das gegenwärtige Zeitalter. Ausgehend von dem Grundsatz zwischen Geschichte und Kultur, bezeichnete er als Subjekt der Geschichte den Staat, als Subjekt der Kultur das Individuum. Für die Kultur, die gewissermassen Einzelgeschichte des Menschen ist, ist massgebend die Ethik, sie ist ein verbindendes Prinzip, während die Historie von der Politik bestimmt wird, die ihrer Natur nach amoralisch und separatistisch ist. Der Krieg war die Verdrängung des kulturell-persönlichen Lebens durch das historisch-staatliche. Nach einer tieferen Ausführung dieser erkenntnistheoretischen Gesichtspunkte ging Koigen an die Erklärung der drei grossen Phänomene der Gegenwart, Russland, Westeuropa und Judentum. In Russland wurde die Kultur der Historie geopfert, in Westeuropa tobt noch heute der Widerstreit zwischen den zwei Tendenzen, im Judentum dagegen begegnen wir der Kultur ohne Historie. Im Judentum ist das Bewusstsein der menschlichen Einzelgeschichte stark, darum ist es der Träger der Humanitätsidee. Das Leiden des Judentums ist ein Zusammenstoss dieser Idee der Kultur mit der separatisch-egoistischen Tendenz der Historie anderer Völker. Der Vortragende erwartet daher von der Wiedergeburt des Judentums in Palästina die Schaffung eines neuen pädagogischen Ideals für das Judentum. Nicht von Genf und nicht von Moskau werden die Kräfte ausgehen, die die Menschheit wieder zu verbinden vermögen, weil beide diese Versuche Produkte der Historie sind, sondern von Zion muss notwendigerweise die neue Weltkultur kommen, welche die Völker von dem Zwang der Historie befreit und wieder zueinander führt.

Chronik.

Russland.

(JPZ) Aus den letzten Meldungen, die die Exekutive der jüd. „WHK" von der Berliner Vertretung des jüd. gesellschaftlichen Komitees (Idgeskom) über die Lage der jüd. Heimlosen, die sich jenseits des Dniestr befinden, erhalten hat, geht immer klarer die ausserordentliche Dringlichkeit einer raschen Hilfsaktion für diese Unglücklichen hervor. In diesem Gebiete wurden registriert, 18,900 Heimlose, darunter 4600 Männer, 6200 Frauen und 8100 Kinder. Die diesbezüglich gepflogenen Verhandlungen der Exekutive der jüd. „WHK" mit der rumänischen Regierung, um über die rumänisch-russische Grenze direkte Hilfstransporte senden zu können, sind der erfolgreichen Beendigung nahe und ist zu hoffen, dass demnächst diesen Flüchtlingen Hilfe wird gespendet werden können.

(JPZ) Die Berliner Abteilung des Vereinigten jüd. Immigrationskomitees teilt mit, dass die bereits vorgeschrittenen Verhandlungen mit den verschiedenen Regierungen, Organisationen und Schiffsgesellschaften es ermöglichen werden, schon Anfang 1922 die jüd. Auswanderung aus Russland in Fluss zu bringen und die dort zurückge-

bliebenen Familien zu ihren naturalisierten Verwandten nach westlichen Ländern zu befördern.

(JPZ) Der stellvertretende Kommissär für Auswärtiges, Litwinow, teilte der palästinensischen zion. Exekutive auf ihre bezügliche Anfrage mit, dass sich die föderativen Sovietregierungen in Russland im allgemeinen der Emigration der Juden aus Sovietrussland nach Palästina nicht widersetzen, insofern diese diesbezügliche Gesuche einreichen.

(JPZ) Die seit einiger Zeit umlaufenden Gerüchte über von der roten Armee in Sovietrussland veranstaltete Judenmassaker, werden durch eine im „Golos Rossij" veröffentlichte Liste der Erschossenen in Kamienietz und Winnitza bestätigt. Unter den Erschossenen befinden sich Rabb. Axelrod, Dr. Hausmann und Rechtsanwalt Rosenblum. (J.C.B.)

(JPZ) In der Lage der südrussischen jüd. Kolonien ist eine Besserung eingetreten, indem sie vom People Relief Committee in Amerika 100,000 Pud Getreidesaat erhalten haben. Auch von anderer Seite soll ihnen Getreide zur Verfügung gestellt worden sein.

(JPZ) In Odessa sind 17 aus Palästina infolge der Maivorfälle ausgewiesene jüd. Kommunisten eingetroffen.

Litauen.

(JPZ) Entgegen vielfach verbreiteten Meldungen, Dr. Brutzkus würde an Stelle Soloweitschiks Minister für jüd. Angelegenheiten werden, erklärt Dr. Brutzkus in einem Schreiben an den Wilnaer „Unser Frajnd", dass diese Meldung jeder Grundlage entbehre. Brutzkus begibt sich dieser Tage von Kowno nach London in zion. Angelegenheiten.

(JPZ) Der Vertreter des People Relief Committee, Baruch Zuckermann, ist am 27. Nov. in Kowno eingetroffen.

Polen.

(JPZ) Auf der Sitzung der Konstitutionskommission stellte bei Behandlung der Festsetzung der Zahl der Ministerien Abg. Grünbaum den Antrag auf Schaffung eines Nationalitätenministeriums mit Unterstaatssekretariaten für die einzelnen nationalen Minderheiten. Es werde das der erste Schritt sein zur Lösung der Nationalitätenfrage in Polen. Der Antrag des Abg. Grünbaum wurde mit allen gegen die Stimmen der sozialistischen Vertreter und des Abg. Grünbaum verworfen.

(JPZ) In einer an die Abg. Farbstein und Genossen gerichteten Antwort auf deren Interpellation wegen Requirierung der jüd. Bethäuser für militärische Zwecke, versucht der Innenminister nachzuweisen, dass es sich hierbei keineswegs um eine besondere Drangsalierung der jüd. Bevölkerung gehandelt habe. Es seien nur solche Bethäuser requiriert worden, die noch nicht fertig gestellt, resp. noch nicht in Gebrauch genommen waren, wie auch solche, die noch keine Genehmigung der betreffenden Behörden erhalten hatten. In ähnlicher Weise sei auch gegen griechisch-orthodoxe und katholische Betlokale verfahren worden. Derzeit unterliegen einer eventl. Requirierung nur jene Bethäuser, die von der Bevölkerung nicht als Betlokale benützt werden, resp. solche, die keine formelle Genehmigung erhalten haben, also nicht als legal existierende Bethäuser betrachtet werden können.

(JPZ) Die polnische antisemitische Presse führt eine scharfe Hetzkampagne gegen die Ernennung Dr. Minkowskis zum polnischen Vizekriegsminister, da Minkowski „selbst noch nicht einmal getauft ist". Auf eine diesbezügl. Interpellation eines polnischen Abg., der u. a. betonte, Minkowski sei wegen seiner Verwandtschaft mit jüd. Millionären auf seinen Posten berufen worden, erteilte Kriegsminister Sosnkowski eine recht scharfe Antwort, hervorhebend, dass Minkowski seiner Fähigkeiten und seiner Energie wegen zum Vizeminister ernannt worden sei; wer seine Verwandten seien, gehe ihn nichts an.

(JPZ) Der Präs. des jüd. litauischen Nationalrates, Advokat Rosenbaum, ist auf Einladung des polnischen Generalkonsuls in Königsberg in Warschau eingetroffen, um mit Aussenminister Skirmunt unverbindliche Besprechungen über die polnisch-litauische Frage zu pflegen. Da hinter diesen Verhandlungen auch der frühere Vertreter Polens beim Völkerbund, Aschkenasi, stehen soll, nimmt die polnische antisemitische Presse scharf gegen diese Verhandlungen Stellung, betonend, dass schon viel zu viele Juden sich in die polnisch-litauischen Differenzen eingemengt haben.

(JPZ) Eine Konferenz der katholischen Priester aus Posen erklärte, es sei eine der Hauptpflichten der polnischen Handelsgesellschaften, den Kampf gegen die jüd. Gefahr auf Leben und Tod zu führen. Sämtliche Teilnehmer wurden aufgefordert, alles daran zu setzen, dass keine jüd. Abgeordneten in den Sejm gewählt werden.

(JPZ) Nach Erledigung aller notwendigen Vorbereitungen und Formalitäten, wurde auf der in Lodz stattgefundenen Sitzung des bei der Agudah bestehenden Komitees zur Förderung von Handel und Industrie in Palästina am 1. Dez. beschlossen, dass die Delegierten des Komitees, Tobia Bialer und Moses Wojdalowski, ehestens nach Palästina abreisen sollen. Diese Delegierten werden an Ort und Stelle die von der Aguda initiierten Aktionen für Häuserbau und Entwicklung von Handel und Industrie in Palästina fortsetzen. Sie erhielten auch von Lodzer orthodoxen Industriellen den Auftrag, in Palästina Vorbereitungen zu treffen und eine Grundlage zu schaffen für Import der Lodzer Fabrikate nach Palästina. Bialer war auch Mitglied der ersten orthodoxen Delegation nach Palästina, wohin er s. Zt. den Gerrer Wunderrabbi begleitet hat.

(JPZ) Rabbiner Dr. Hildesheimer ist am 29. Nov. in Warschau eingetroffen.

(JPZ) Laut der unlängst durchgeführten Volkszählung verminderte sich die Bevölkerung Ostgaliziens seit 1920 um 514,486 und beträgt derzeit nur 5,478,312 Seelen.

(JPZ) Vom statistischen Büro des „JDC" in Warschau wird ein aus 9 Bänden bestehendes und zirka 3000 Seiten fassendes Werk über das ökonomische und wirtschaftliche Leben in Polen vorbereitet und soll demnächst in 3 Sprachen, englisch, polnisch und jüdisch, erscheinen.

Jugoslavien.

(JPZ) In Agram fand ein Kongress der jüd. Gemeinden Jugoslaviens statt, bei dem zum erstenmal eine Organisierung aller jüd. Gemeinden Jugoslaviens durchgeführt wurde. Am Kongress nahmen 90 Deputierte teil. Die Agramer Tagesblätter widmeten ausführliche, sympathisch gehaltene Berichte dem Kongress, der auch von Regierungsvertretern, wie auch Vertretern der verschiedenen christlichen Riten begrüsst wurde. Der Stellvertreter des Armeekommandanten pries in seiner Rede die Heldentaten der Belgrader Juden im letzten Krieg und gab der Hoffnung Ausdruck, dass im neuen grossen Vaterland die Juden, die auch im Heere die volle Gleichberechtigung geniessen, voll und ganz ihre Pflicht erfüllen werden. Zum Präs. der Gemeindeorganisation wurde Dr. Hugo Spitzer, Präs. des zion. Landeskomitees, gewählt.

Ungarn.

(JPZ) Ministerpräs. Graf Bethlen erklärte zahlreichen Abgeordneten gegenüber, gegen alle Ordnungsstörer strengstens vorgehen und die Fortsetzung der Politik der Gehässigkeit nicht dulden zu wollen, sondern die Versöhnung zwischen den Konfessionen und den gesellschaftlichen Schichten zu verkünden. Er verwies auch auf den Besuch der jüd. Deputation und versicherte, dass er die dem Präs. der isr. Gemeinde getane Aeusserung in ihrer Gänze aufrechterhalte und auch die Macht besitze, alle die die Ordnung des Landes umstürzen wollen, mit den wirksamsten Waffen zu treffen.

Das Interniertenlager in Zalaegerszeg.

(JPZ) Budapest, 3. Dez. Das Internierungslager von Zalaegerszeg soll, wie es scheint, mit allen seinen Folterkammern ein ständiges Requisit ungarischer Justiz werden. Dies geht aus einem offiziellen Communiqué an die ungarischen Blätter hervor, dass der an Stelle des Grafen Sigray zum Oberregierungskommissär für den Rayon Steinamanger ernannte Alexander Almassy vor einigen

Tagen die Internierungslager von Zalaegerszeg und Umgebung einer eingehenden Inspektion unterzogen und auch die Internierten einvernommen habe. Der Regierungskommissär stellt fest, dass keine wesentlichen Klagen laut geworden seien. Die Gebäude und die Baracken werden geheizt, die Fenster sind ganz und die Verköstigung gut. Der Regierungskommissär spricht sogar der Verwaltung seine Anerkennung aus. Dass das Internierungslager von Zalaegerszeg eine ständige Einrichtung bleiben soll, geht aus der weiteren Meldung hervor, dass nunmehr für die Internierten ständige Bethäuser gebaut werden. Die katholische Kirche ist bereits fertiggestellt, während die protestantischen und jüd. Bethäuser im Bau begriffen sind. Ueber Antrag des Regierungskommissärs sollen auch Seelsorger für das Lager gestellt werden. Die erst in jüngster Zeit aus dem Internierungslager kommenden Klagen, ganz besonders der jüd. Internierten und in erster Reihe der noch immer im Lager zurückgehaltenen galizischen Juden, stehen in grellem Widerspruch zu den unwahren Beschönigungen der Verhältnisse in Zalaegerszeg. (Wiener Morgenzeitung.)

Oesterreich.

(JPZ) Auch die „Frankfurter Zeitung" befasst sich in einem Wiener Bericht mit dem Optionsskandal. Was immer der Friedensvertrag unter dem Begriff Rasse verstanden habe möge, so könne es doch keine Meinungsverschiedenheit darüber geben, dass es nicht die Absicht der Vertragsmächte war, die Juden im Widerspruch mit Geist und Buchstaben des in allen zivilisierten Staaten geltenden Rechtes von der Option auszuschliessen. Mit Minister Waber sei nicht zu rechten, da dieser Mitglied der Grossdeutschen Partei sei, deren Programm nahezu ausschliesslich vom Antisemitismus geliefert werde; es sei ihm also angemessen, ein unklares Wort des Vertrages von Saint Germain zum Schaden der Juden auszulegen. Dagegen wäre zu fragen, wie das Ministerium Schober, das doch keineswegs als ausgesprochen antisemitisch zu gelten wünsche, die notorische Tatsache zu rechtfertigen gedenke, dass eine Reihe unanfechtbarer Personen, auf deren Optionserklärungen alle kulturellen, zeitlichen und örtlichen Voraussetzungen der Zugehörigkeit zum österr. Volksganzen zutrafen, lediglich deshalb zurückgewiesen wurden, weil sie ihrem Gesuch den vom Abg. Seitz erwähnten Taufschein nicht beibringen konnten. Die prinzipielle Bedeutung der Angelegenheit sei gross genug, um eine erschöpfende Rechtfertigung oder aber Revision des von Minister Waber eingeschlagenen und vom Ministerium Schober bis heute gutgeheissenen Verfahrens zu erheischen.

(JPZ) Die Sitzung des Aktionskomitees findet am 27. Dezember in Wien statt.

(JPZ) Auf der in Wien stattgefundenen Konferenz des Verbandes der linken Poale Zion wurde erklärt, dass die Moskauer Thesen und die Forderung, dass die Poale Zion ihren offiziellen Namen, der das Wort Zion enthält, und ihr Palästinaprogramm aufgeben solle, nur eine Ausrede ist, um die Unterhandlungen zu verschleppen und die Poale Zion aus der III. Internationale auszuschliessen. Es wurde beschlossen, die Idee der Konzentrierung der jüd. auswandernden Massen in Palästina keineswegs aufzugeben, vielmehr an eine praktische Palästinaarbeit unter Benutzung rein proletarischer Mittel heranzutreten, ohne jede Verbindung mit den bourgeoisen zion. Elementen. Die „Freie Tribüne", das offizielle Organ der linken Poale Zion, hat erneut mit einer Propaganda zugunsten Palästinas eingesetzt.

(JPZ) Wien. - F. - Sämtliche Angestellten der Wiener Isr. Kultusgemeinde veranstalteten einen eintägigen Demonstrationsstreik, weil ihnen ihre Forderung nach Gehaltsaufbesserung nicht sofort bewilligt worden war. Die Situation der Kultusgemeinde wird mit der Verschlechterung der allgemeinen ökonomischen Lage immer trostloser, das viele Millionen betragende Defizit wächst ständig an und ein Ausweg erscheint schwer zu finden. Die assimilatorische Mehrheit hat bisher alle Forderungen der Zionisten nach einer Wahlreform, welche weitere Massen für die Gemeinde mobil machen könnte, abgelehnt. Zuletzt wurde die Angelegenheit in der Weise erledigt, dass dem Wahlreformausschuss der Auftrag erteilt wurde, die Frage zu „studieren" und bis Februar Bericht zu erstatten. Die Zionisten schlagen die Aufnahme einer Volksanleihe vor, um die bedrohte Gemeinde zu retten. Der Streik der Beamten selbst, ist höchst mutwillig ausgebrochen, da er in einem Augenblick begann, als über die Forderungen noch keine Entscheidung getroffen war. Es handelte sich dabei um ein Manöver, mit dem Zweck, die Organisation der Kultusbeamten ins sozialistische Lager hinüber zu ziehen. Charakteristisch ist, dass der Streik sich auch auf Begräbnisse erstreckte; in 3 Fällen, wo je 20,000 Kr. für den Streikfonds erlegt wurden, konnten die Beerdigungen vorgenommen werden, während die Armen in diesen Tagen unbeerdigt blieben.

Deutschland.

(JPZ) Die antisemitische Presse Deutschlands beginnt nach polnischen Mustern auch in Deutschland zu einem Judenboykott aufzuhetzen. So veröfffentlicht die „Mitteldeutsche Presse", ein Organ der antisemitischen Deutschsozialen Partei ein Proklamation, in der die christliche Bevölkerung aufgefordert wird, alle jüd. Kaufleute, Arbeiter, Aerzte und Advokaten zu boykottieren.

(JPZ) Berlin. - R. - Grosses Aufsehen erregt das Erscheinen eines Buches von Bernard Huldenmann über Albert Ballin, dem genialen Organisator des „Hapag" und „Freund" Wilhelms II., der am Tage der Revolution Selbstmord beging, nachdem er gerade aufgefordert worden war, an den Friedensverhandlungen für Deutschland teilzunehmen. Aus der Darstellung geht hervor, dass Ballin während des Krieges wiederholt versucht hat, dem militaristischen Wahnsinn entgegenzuarbeiten und für eine Verständigung einzutreten, die er selbst durch seine Beziehungen im Ausland hätte anbahnen können. Wilhelm aber schüttelte den jüdischen Ratgeber ab. Es ist nicht uninteressant, dass gerade während dieses Buch erscheint, ein anderer Jude, Walther Rathenau, für Deutschland im Interesse der Anknüpfung von Beziehungen im Ausland tätig ist, ohne die Deutschland wirtschaftlich zusammenbrechen müsste.

(JPZ) - R. - Im „Berliner Tagblatt" weist ein Einsender darauf hin, dass ein Vorfahre Ludendorffs, der Stettiner Kaufmann Karl Otto Ludendorff, eine Jüdin geheiratet hat, sodass auch jüdisches Blut in des rassenstolzen Generals Adern fliesst.

(JPZ) - R. - Die „Deutsche Zeitung" veröffentlicht die angeblich offiziellen Zahlen der Judenstatistik im deutschen Heer i. J. 1916. Danach befanden sich damals 62,272 Juden beim Heer, davon 27,515 beim Feldheer. Die „Deutsche Zeitung" kommentiert natürlich diese Zahlen eingehend in dem bekannten antisemitischen Jargon und kommt zu dem Resultat, dass die Juden ihre Pflicht im Kriege nicht erfüllt

haben, weil zu wenige „mit der Waffe in der Hand“ Dienst taten.

(JPZ) Berlin - R - Der bekannte russ. Zionist Abraham Jdelsohn, der erst vor kurzem nach Berlin kam und hier lebhaften Anteil an der Organisation des Merkas der russ. Zionisten nahm, ist an einer Grippe mit Herzkomplikationen ernstlich erkrankt. Jdelsohn war zuletzt bekanntlich Chefredacteur des zion Zentralorgans „Haolam“ in London.

(JPZ) - R - Die jiddischistische „Kulturliga“ treibt jetzt in Berlin eine lebhafte Propaganda Bei einer Versammlung am 4. d. M., in der u. a. der Schriftsteller Bergelson und der bekann'e Nationalökonom Jakob Leszczynski sprachen, wurde der Hebräismus und Zionismus als „bürgerliche“ Bewegung stark engegriffen.

(JPZ) Das jüdische Künstlertheater hat als drittes Stück nunmehr die Komödie „Jankel der Schmied“ von David Pinski herausgebracht, deren Première bei vortrefflichem Spiel lebhaften Beifall fand.

Frankreich.

(JPZ) Die „Alliance Israélite“ hat dem Zentral-Hilfskomitee für die ukrainischen Flüchtlinge, die sich in Rumänien befinden, 100,000 Franken zukommen lassen.

(JPZ) Strassburg - J - Am 27. Nov. fand hier der erste Delegiertentag der Zionisten Ostfrankreichs statt. Es waren 31 Delegierte aus 11 Städten erschienen. Nach Wahl des Präsidiums (Dr. Elias, Mühlhausen, Dr. Braunberger, Schiltigheim, Richter Lévy, Metz und L. Metzger, Strassburg, als Schriftführer) wurde beschlossen, einen Gruppenverband (Union Régionale) für Ostfrankreich zu gründen. Der Delegierte des Londoner K. H.-Direktoriums, Hans Kohn, referierte über die gegenwärtige Lage des Zionismus und die Notwendigkeit der Arbeit für den K. H. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: „Die zion. Repräsentanten Ostfrankreichs beschliessen, nach Anhörung des Berichtes des Herrn H. Kohn über die gegenwärtige Lage der Bewegung, dass von jetzt an die Arbeit für den K. H. allen anderen zion. Arbeiten vorangehen müsse und verpflichten feierlich alle Zionisten Ostfrankreichs, mit allen ihren Kräften an der Propagandaaktion für den K. H. teilzunehmen, die alle jüd. Elemente des Landes erfassen soll. Ferner wurde noch eine politische Resolution angenommen, in der der franz. Regierung der Dank für ihre Unterstützung der Balfour Deklaration ausgesprochen und der Zuversicht Ausdruck verliehen wird, dass die Regierung der franz. Republik auch weiterhin die Bestrebungen des jüd. Volkes unterstützen werde, in Palästina ein nationales Heim für die Juden, die dorthin ihren Wohnsitz verlegen wollen, zu schaffen Es wurde bestimmt, dass der Vorstand der Strassburger zion. Ortsgruppe, verstärkt durch je einen Herrn aus Metz, Mülhausen, Colmar und Saarburg, die Leitung des Gruppenverbandes übernehmen soll.

(JPZ) Die vom Exekutivkomitee der jüd. W.H.K. mit franz. Schiffsgesellschaften geführten Unterhandlungen haben dazu geführt, dass die Ueberfahrtspreise von Polen und Rumänien nach Buenos Aires um 20% ermässigt wurden.

(JPZ) Wladimir Temkin begibt sich von Paris in verschiedenen Fragen der Hilfstätigkeit nach Kanada.

England.

(JPZ) Unter dem Titel „Russo Jewish Refugees in Eastern Europe“ gab das „Joint Foreign Committee“ in London einen von Lucien Wolf redigierten Bericht heraus, über die unter den Auspizien des Völkerbundes vom 22.—24. August und vom 16.—19. Sept. 1921 in Genf abgehaltenen Konferenzen über die Lage der russischen Flüchtlinge, an denen Lucien Wolf als Delegierter der „JCA“ und anderer Organisationen teilnahm. Die 44 Seiten starke Broschüre enthält ausser der Liste der an diesen Konferenzen vertretenen jüd. Organisationen, den Bericht von Lucien Wolf und einen Anhang von Dokumenten, Protokollen und Briefen.

Ferner erschien ein 16 Seiten starker Bericht des Sekretärs und Spezialdelegierten des Joint Foreign Committee, Lucien Wolf, über die jüdischen Fragen, die er während der zweiten Session des Völkerbundes in Genf behandelt hat.

(JPZ) Die engl. zion. Föderation hat von der österr. zion. Föderation eine Einladung erhalten, dem von dieser und den Vertretern anderer Länder auf dem Zionistenkongress gebildeten und auch weiterhin bestehenden Block der allgemeinen Zionisten beizutreten. Sitz dieses Blockes bleibt auch weiterhin Wien.

(JPZ) Dr. Schwarzmann, der während fast des ganzen letzten Jahres die Keren Hajessod-Arbeit in Bessarabien leitete, hat dem reo ganisierten Komitee der K. H.-Arbeit in England einen Arbeitsplan vorgelegt, der nach reger Diskussion akzeptiert wurde. Schwarzmann wurde zum Managing Direktor des K. H. in England gewählt.

Amerika.

Die jüd. Delegation aus Ungarn in Amerika.

(JPZ) Am 19. Nov. ist auf der Paris die Delegation der ungarischen Juden, bestehend aus Hofrat Franz Szekely, Rabb. Dr. Adler und Dr. Zahler (s. „JPZ“ Nr. 168) in New York eingetroffen. Einem Vertreter des „Morning Journal“ gegenüber stellt die Delegation kategorisch in Abrede, sie seien als offizielle oder auch inoffizielle Abgesandte der ungarischen Regierung nach Amerika gekommen. Sie hätten mit Staunen vernommen, dass Horthy sie nach Amerika geschickt haben soll. Sie kommen nur in jüd. Interesse und wollen Grüsse von den ungarischen Juden an ihre Brüder und Schwestern in Amerika überbringen. Die Lage der Juden in Ungarn bessert sich, erklärte Szekely, d. h. die öffentliche Sicherheit der Juden ist gesichert. Die Regierung macht alle Anstrengungen, Ordnung im Lande einzuführen und beginnt einzusehen, dass ohne die Juden die Sanierung nicht durchgeführt werden kann. Das Privateigentum der Juden wird geschützt und beginnt auch bereits die Ernüchterung vom antisemitischen Rausche. In Ungarn gibt es noch viele Antisemiten, aber keine offiziell antisemitische Partei, was jedoch nicht heissen soll, dass die beiden herrschenden Parteien keine Antisemiten zu ihren Mitgliedern zählen. Es sei aber ein Fehler zu glauben, dass die „Erwachenden Magyaren“ Politiker sind. Diese haben überhaupt keine politische Plattform und sind bloss verantwortungslose Elemente, ohne irgendwelche politische Ansicht. Die Hauptsache ist, dass die Regierung weiss, dass sie ihre Arbeit nicht fortsetzen kann, bis die Juden nicht öffentliche Sicherheit geniessen, und sie sorgt für diese aus praktischen Gründen, die nützlich sind für sie und die Integrität Ungarns.

Wir sind jedoch nicht hierher gekommen, um die politische oder ökonomische Lage der Juden in Ungarn zu besprechen, ergänzte Rabb. Dr. Adler, sondern um die hiesigen Juden aus Alt-Ungarn zu vereinigen; vor diesen werden wir unser Programm entwickeln, das hauptsächlich in philanthropischer Arbeit besteht, und dessen Endziel rekonstruktive Arbeit für die ungarischen Juden in Ungarn und in Palästina ist. Wir werden unsere Arbeit vermittelst des „JDC“ führen, und wir hoffen, dass die ungarischen Juden, wie auch die gesamte Judenheit uns in unserer Arbeit unterstützen werden. Wir werden die Ehre der ungarischen Juden retten, wenn wir weiter unsere humanitären Institutionen werden erhalten können und wir wollen, dass die ungarischen Juden in Amerika die derzeitige Not in Ungarn kennen lernen. Wir müssen stets bedenken, dass Abertausende von Juden jetzt in Ungarn leben und auch dort leben bleiben werden, weshalb wir unsere Aktion mit grosser Vorsicht und praktischem Sinn führen müssen. Wir müssen Hilfe bekommen von allen Juden, ohne Unterschied der Schattierung.

Ein Komitee des ungarischen Economic-Council, bestehend aus Morris Engelman, Dr. Emil Zerkowitz u. John Pollacsek, als auch über hundert prominente ungarische Juden erwarteten die Delegation am Hafen, die erst am späten Abend sich ins Hotel „Waldorf Astoria“ begab. Für den 11. Nov. war die erste Konferenz der Delegation mit Felix M. Warburg angesagt.

(JPZ) In Amerika wird jetzt anscheinend der letzte Versuch gemacht, doch einen Wiederzusammentritt des jüd. Kongresses zu erzielen. So wurde jetzt an die ehemaligen Delegierten des jüd. Kongresses vom provisorischen Kongresskomitee eine Zuschrift gerichtet, wonach vorgeschlagen wird, dass statt einer direkten Wahl durch das Volk diesmal die einzelnen Organisationen Delegierte zum Kongress entsenden sollen. Im Falle eines Misslingens dürfte sich das provisorische Komitee auflösen und die Frage des jüd. Kongresses vorderhand vom Tapet verschwinden.

(JPZ) Am 20. und 21. Nov. fand in New York unter Vorsitz von Meier Berlin die achte Jahreskonferenz des amerikanischen Misrachi statt. Laut dem vom Generalsekretär erstatteten Bericht gibt es in Amerika 300 misrachistische Vereine, darunter 14, die erst im letzten Jahre gegründet wurden, mit 16,000 Mitgliedern. Die Höhe der Spenden beträgt 90,000 Doll., wovon 40,000 Doll. nach Palästina überwiesen wurden. An den amerikanischen Nationalfondsspenden ist der Misrachi mit 33,000 Doll., also mit mehr den 30 Prozent, beteiligt.

(JPZ) Laut Meldung des „JDC" konnte Advokat Sliosberg als juristischer Ratgeber für die Wiederaufbauarbeit des Joint gewonnen werden. Sliosberg wird in Wien, dem Sitze des europäischen Direktoriums des Joint, die Arbeiten für das Rekonstruktions-Departement des Joint führen.

(JPZ) Auf der am 19. und 20. Nov. in New-York stattgefundenen K. H. Konferenz (s. JPZ No. 171) wurden folgende Resolution angenommen: Es sei beschlossen, dass diese Konferenz der K. H.-Komitees, vertretend Einzelpersonen, lokale und nationale Organisationen die Verpflichtung übernimmt, die die Statuten des K. H. enthalten, Maasser zu zahlen von den persönlichen Einkünften für den Wiederaufbau Palästinas durch den K. H. Es wird erklärt, dass das Maasserprinzip, das am Karlsbader Kongress bestätigt wurde, verpflichtend ist für jeden Juden, und dass nur die Personen als solche, die bereits ihren Maasser entrichtet haben, betrachtet werden sollen, die im Minimum eine jährliche Abzahlung auf folgender Basis entrichtet haben: Bei Einkünften bis 2000 Doll. jährlich beträgt das Minimum 25 Doll., von 2-3000 Doll. 50, von 3-4000 Doll. 100 und von 4-5000 Doll. 150 Doll. Alle diejenigen, deren Einkünfte 5000 Doll. überschreiten, werden aufgefordert, Maasser von der Summe zu zahlen, von der sie ihre Einkommensteuer an die Regierung entrichten. Wer oben erwähntes Minimum abgeführt hat, ist berechtigt, ein Maasserbuch zu erhalten, worin bestätigt wird, dass er seiner Maasserpflicht Genüge geleistet hat. Das Administrativkomitee wird beauftragt, jährlich ein Buch, betitelt „Sefer Haam" herauszugeben, enthaltend alle Namen der Maasserzahlenden.

(JPZ) Lt. dem von Newman, Sekretär des K. H.-Büros abgegebenen Bericht wurden in Amerika bis zum 15. Nov. rund 682 500 Doll. für den K. H. gesammelt, davon die Hälfte in New-York, wovon 540.000 Doll. bereits nach London überwiesen wurden. Die Spesen betrugen mit Rücksicht auf das Anfangsstadium der Aktion noch 18% der Einnahmen, dürften sich jedoch später auf 10 vielleicht auf 5% ermässigen lassen. Die Zeichnungen für den K. H. betragen über 1½ Millionen Doll.

(JPZ) Das hebräische Wochenorgan des amerikanischen Misrachi, „Haibri", hat vor einigen Wochen sein Erscheinen eingestellt, da lt. auf der Misrachikonferenz erteilten Informationen der „Haibri" während der letzten 8 Monate bloss 1900 Doll. Einnahmen und 13000 Doll. Ausgaben hatte.

(JPZ) Zu unserer in No. 169 veröffentlichten Notiz schreibt uns die Cunarde Line-Anchor Line in Triest: „Ihre Notiz, dass die amerikanische Einwanderungsquote für Palästina in der Zahl von 56 bereits erreicht ist, und keine weiteren Einwanderer aus Palästina zugelassen werden, ist nur insoferne richtig, als bis Juli 1922 keine in Palästina geborenen Einwanderer zugelassen werden. Nach wie vor können aber z. B. in Russland, Polen, Deutschland etc. Geborene, auch wenn sie palästinensische Pässe besitzen, nach Amerika abreisen, wenn nur die Quote ihrer Geburtsländer noch offen ist. Aber auch in Palästina geborene Personen können zugelassen werden, sofern sie nur zu Besuchs-, Geschäfts- oder Studienzwecken reisen, und dies beweisen können. Dasselbe bezieht sich auch auf die für die anderen Länder in ihrer Notiz angegebenen Zahlen."

Mexiko

(JPZ) Die mexikanische Regierung hat ihre Auslandsvertretungen angewiesen, so lange die Krise anhalte, Ausländern, die mit mexikanischen Arbeitern in Wettbewerb treten können, die Einreise nicht zu gestatten. Nur die Einwanderer, die genügende Mittel nachweisen können oder dass ihnen der Lebensunterhalt durch Vertrag sicher gestellt ist, dürfen ein Visum erhalten, wie auch diejenigen, die besondere Erlaubnis vom Landwirtschaftsministerium in Mexiko erhalten haben.

Argentinien.

(JPZ) Im Einklang mit den Beschlüssen der Konferenz der jüd. Org. in Argentinien, hat eine spezielle Delegation den Staatspräsidenten besucht, um mit ihm wegen verschiedener Erleichterungen für die jüd. Einwanderer zu verhandeln. Der Präsident versprach die Frage zu studieren und deutete an, dass man ein günstiges Resultat erwarten dürfe (s. „JPZ" Nr. 171). In Anbetracht der schweren ökonomischen Krise in Argentinien, beschlossen die jüd. Organisationen, eine Kommission nach Chile, Peru, Bolivia und Uruguai zu entsenden, um dort die ökonomischen Möglichkeiten für die Ansiedlung jüd. Immigranten zu studieren.

Chile.

(JPZ) Für die Ausbreitung der Idee des jüd. Volksschatzes, des J.N.F., ist es bemerkenswert, dass soger im fernen Chile beschlossen wurde, dem J.N.F. heuer zumindest 5000 Pesos zuzuführen; 100 Pfund sind bereits avisiert.

Erez Israel. — Palästina.

(JPZ) Das strenge Urteil gegen die drei Juden wegen Ueberschreitung der Notwehr durch Bombenwurf auf die angreifenden Araber (s. „JPZ" Nr. 171) hat bei der jüd. Bevölkerung Palästinas äusserste Erbitterung hervorgerufen. Allseits wird die Kassierung des Urteils verlangt. 36 jüd. Organisationen Tel-Awiws wandten sich mit einem Aufruf an die Regierung, worin Amovierung des Generals Storrs und Aufhebung des Urteils gefordert wird. In Synagogen wurden Gottesdienste und Predigten über das ungerechte Urteil gehalten. Alle sind einig, dass den Juden das Recht auf Selbstschutz nicht aberkannt werden dürfe, da dies ihr einziges Mittel ist, sich gegen bewaffnete Angreifer zu wehren. Eine spontan zusammengetretene Versammlung in der grossen Jeschiba beschloss die sofortige Entsendung einer Abordnung an den High Commissioner, um sich den Forderungen der Tel-Awiwer Judenheit anzuschliessen. In einer Extraausgabe des „Haaretz" wird die Regierung beschuldigt, statt Recht in die Politik, Politik in die Rechtssprechung hineingetragen zu haben. Der Verteidiger, Harry Sacher, hat gegen das Urteil die Nichtigkeitsbeschwerde eingereicht.

Auch die Achduth Haawodah hat an das Londoner Poale Zion Büro ein Kabeltelegramm gerichtet, worin gegen diese Verurteilung schärfster Protest erhoben wird. Dieses Urteil stelle den berechtigten Selbstschutz der Helden den Taten der Mörder gleich; könne ja die Regierung die Sicherheit des Lebens und Eigentums nicht garantieren. Das Urteil bilde einen Schandfleck und müsse aufgehoben werden.

(JPZ) Arabische Notabeln überreichten General Storrs im Zusammenhang mit den Vorfällen vom 2. Nov. ein Memorandum, das im arabischen „Al-Saba" abgedruckt ist, worin u. a. folgende Klagen erhoben werden: Da am 2. Nov. kein Kriegszustand herrschte, so hätten die Angeklagten vor ein Zivilgericht und nicht ein Militärgericht gehört. Der erhobenen Forderung auf Ersetzung des Militärgerichtes durch ein Zivilgericht wurde, obwohl sie gerecht ist, nicht stattgegeben, ebensowenig dem Verlangen nach dem Recht der Appellation an das höhere Zivilgericht. Ein Sondergesetz wurde für dieses Gericht zur Anwendung gebracht,

während die derzeitige Regierung nur die bereits vor dem Kriege bestehenden Gesetze im Lande anwenden dürfe. Die Regierung täusche sich sehr, wenn sie glaube, dadurch den Einwohnern Furcht einjagen zu können. Die getöteten oder verwundeten Araber fielen als Opfer von Bomben resp. Schüssen, während die Juden nur mit Stöcken geschlagen oder mit Messern gestochen wurden, was beweise, dass die Juden im Besitze von Waffen sind, hingegen die Araber nicht. Trotzdem werden nur die Araber nach Waffen durchsucht und die Juden unbelästigt gelassen. Auch werden die arabischen Zeitungen viel schärfer als die jüd. bestraft. Ein arabischer Schutzmann wurde zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt, während Oberst Margolin, der seine militärische Dienstpflicht verletzte und den Juden Waffen ausfolgte, unbestraft blieb. Es werde daher verlangt, dass die verurteilten Araber vor das Appellationsgericht gelangen dürfen, dass sofort auch mit der Verurteilung der schuldigen Juden begonnen werde, dass der Justizsekretär Bentwich, zu dem die Araber kein Zutrauen haben, sofort amoviert werde, dass das Gesetz, das vermittelst auferlegter Kautionen die Tätigkeit der Einzelnen einzuschränken ermöglicht, aufgehoben werde und dass die Beschuldigten, die noch nicht verurteilt worden sind, vor das Kreisgericht oder ein ihm gleichstehendes Zivilgericht kommen, und nicht vor ein Militärgericht.

Eine charakteristische Aeusserung Balfours.

(JPZ) Der Vertreter des „Jüd. Tagblatt" in Washington berichtet über folgende charakteristische Aeusserung Balfours. Eine arabische Delegation, bestehend von Frau Mannes, einer palästinensischen Christin, die in Verbindung steht mit einer arab. Zeitung in New York und einem Muselmaner, al Salaam, versuchte andauernd eine Unterredung mit Balfour zu erwirken. Balfour weigerte sich jedoch, die Delegation zu empfangen. Frau Mannes ersuchte sodann Balfour, er möge sie als Journalistin empfangen, was er aus Höflichkeit nicht mehr zurückweisen konnte. Auf die Frage, was eigentlich der Ausdruck „ein jüdisches nationales Heim" zu bedeuten habe, erklärte Balfour kurz und scharf: „Alles, ausser Pogromen". Sodann setzte Balfour mit grosser Aufregung fort: „Sagen Sie Ihren fanatischen Anhängern, dass sie nur Schande dem Islam und der Zivilisation bringen."

(JPZ) Die palästinensische Regierung hat den arabischen Einwohnern von 5 Dörfern, die sich an den Angriffen auf die jüd. Kolonien im Mai 1921 beteiligt hatten, eine Busse von 6000 Pf. auferlegt.

(JPZ) Die Kolonie Petach Tikwah bezahlt jährlich 3600 Pf. für den privat organisierten Schutz der Kolonie, eine äusserst beträchtliche Summe, bei den nur 3000 Einwohnern der Kolonie.

(JPZ) Die Arbeit auf dem vom „NF" erstandenen Territorium in Emek Jesreel wurde erfolgreich eingeleitet. Etwa 100 erfahrene landwirtschaftliche Arbeiter haben sich in der Nähe von Gilboa niedergelassen, um zunächst die Grenzen des Gebietes mit Bäumen zu bepflanzen und die Kultivierung des gepachteten Bodens vorzunehmen. Das Kolonisationsdepartement der palästinensischen zion. Exekutive hat auf Grund der Beschlüsse des XII. Zionistenkongresses einen detaillierten Arbeitsplan entworfen, mit dessen Ausführung Ing. Ruthenberg beauftragt wurde.

Weinbau in Palästina.

(JPZ) Die Handelsberichte der Vereinigten Staaten vom 24. Okt. enthalten einen bemerkenswerten Artikel von Addison E. Southard, dem amerikanischen Konsul in Jerusalem. Southard schreibt u. a.: „Obgleich die Weinbereitung einen alten palästinensischen Industriezweig ausmacht, ist ihre gegenwärtige Blüte doch erst während der letzten 35 Jahre von jüd. Kolonisten, die fremde Weine gepflanzt haben, erzielt worden. Palästinas Weinberge sind gesund und widerstandsfähig gegen Krankheiten. Das Zentrum der Weinindustrie ist die jüd. Kolonie Rischon-le-Zion, aber beträchtliche Mengen Weintrauben werden auch in den jüd. Siedlungen Rechoboth, Petach-Tikwah, Katrah, Sichron-Jakob und in der deutschen Kolonie Sarona gewonnen. Die palästinensische Weinernte beginnt etwa am 18. Juni und dauert sechs Wochen; die erste Ernte wird für herbe und die letzte und reifste für Süssweine benützt."

Zementexport nach Palästina.

(JPZ) „Manchester Guardian Commercial" schreibt: Die Bautätigkeit in den palästinensischen Städten, besonders in Jaffa, ist im Zunehmen begriffen. Grosse Mengen Zement und Baumaterialien werden aus Zentraleuropa eingeführt. Die beliebtesten Zementmarken sind Spalato, Dalmatiner und Heidelberg. Auch Polen beginnt mit dem Export von Zement, der gut und billiger ist als obenerwähnte Marken.

(JPZ) Die Jerusalemer Perlmutterknopffabrik „Zadefiah" hat kleine Knopfmaschinen konstruieren lassen, um die Produktion durch Heimarbeit zu steigern. Die Fabrik, die seit ihrer Eröffnung im Juli erfolgreich arbeitet, exportiert hauptsächlich nach England; ihr Rohmaterial bezieht sie aus Port Sudan. (Ziko.)

(JPZ) Am 13. Nov. fand im Hotel Warschawski in Jerusalem eine Versammlung amerikanischer Juden statt, die beschloss, einen amerikanischen Klub zu gründen. Ein Komitee von 5 Personen soll die Statuten ausarbeiten und um deren Bestätigung bei der Regierung ansuchen.

(JPZ) Anlässlich der letzten Sitzung des Waad Leumi (s. „JPZ" Nr. 171), kritisiert der bekannte hebräische Schriftsteller, A. M. Borochow, im „Haaretz" die bisherige Tätigkeit des Waad Leumi. Während des letzten Jahres habe die Regierung vielfach entscheidende Schritte in jüd. Angelegenheiten unternommen, ohne sich um die Meinung des durch den Waad Leumi vertretenen Jischub zu kümmern. Diese politische Machtlosigkeit des Waad Leumi stamme daher, dass die Regierung die Rechtsgrundlage der Assefath Haniwcharim nicht anerkannt habe. Der Waad Leumi wird so lange keinen Boden unter den Füssen haben, als die Regierung der Delegiertenversammlung nicht das Recht zuspricht, die inneren Angelegenheiten der Juden mit Genehmigung der Regierung zu regeln. Die Regierung ist gegenwärtig mit der Ausarbeitung der Verfassung beschäftigt, umso dringender ist es, dass die für Chanukka einberufene Assefath Haniwcharim das Recht der Juden auf innere Organisation nachdrücklichst fordere.

(JPZ) In den grossen palästinensischen Hotels werden Vorbereitungen für den Empfang von Touristen, die diesen Winter nach Palästina kommen sollen, getroffen. Die Reisezeit beginnt mit Januar, einzelne Gruppen werden schon für Weihnachten erwartet. Die Hauptgruppen sollen im Februar kommen. So organisiert Cook & Sons 2 Schiffe mit gegen 500 Mann ausser der Vermittlung von Einzelreisenden von Dez. bis April, deren Zahl ebenfalls auf gegen 500 geschätzt wird. Das Reisebureau Frank Clark bringt ebenfalls 2 grosse Schiffe, mit über 1500 Touristen in 2 Gruppen, ebenso die American Express Co. 2 Schiffe, mit gegen 500 Touristen, ausser kleineren Familiengruppen. Ausser den Reisenden erwähnter Gesellschaften in der Zahl von gegen 2500 wird die Zahl der im Laufe dieses Winters erwarteten Touristen auf gegen 10.000 geschätzt, ein Grossteil davon Juden aus Amerika, England, Australien. Auch die „Palestine Express" bringt gegen 50 Touristen in's Land. Nach Information einer dieser Gesellschaften haben die Vorfälle am 2. Nov. nicht im geringsten auf die Touristenbewegung eingewirkt. Ausser in den Hotels macht sich jetzt auch in den anderen Arbeitszweigen, die mit der Touristik verbunden sind, reges Leben bemerkbar, so im Olivenbaum-Kunstgewerbe, Perlmutter-Industrie u. bei den Dolmetschern, Auto- u. Droschkenbesitzern, eine Bewegung, wie man sie seit Kriegsausbruch in Palästina nicht mehr wahrnehmen konnte Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, dass es in Palästina gegen 100 Dolmetscher und Fremdenführer gibt, die von der Touristik leben, darunter aber nur wenige Juden.

(JPZ) Am 10. Nov. fand in Tel-Awiw auf der Allenbystrasse die Grundsteinlegung zu einer Synagoge statt, die eines der schönsten Gebäude Tel-Awiws zu werden verspricht. Aus Jerusalem wohnten der Feier u. a. Oberrabbiner Kook und Ussischkin bei. Nach der Zahl der jüd. Stämme wurden 12 Grundsteine gelegt, ausserdem ein Benjaminstein, zur Erinnerung an Herzl, einer zu Ehren Baron Rothschilds, einer zur Verewigung Balfours usw.

(JPZ) Am 13. Nov. sind in Haifa 120 und am 15. Nov. in Jaffa 96 Immigranten eingetroffen.

(JPZ) Der Leiter der Handels- und Industrie-Abteilung besuchte die Zigarettenfabrik Maspero in Jaffa, wo er feststellen konnte, dass die Leistungen dieser Fabrik diejenigen der Zigarettenarbeiter in Kairo übertreffen; so ist eine Arbeiterin in Jaffa im Stande, täglich 17—18.000 Zigaretten zur Verpackung zu bringen, gegen nur 13—14.000 in Kairo. Vorderhand wird in dieser Fabrik noch kein heimischer Tabak verwendet, da man noch nicht die passenden Sorten herstellen konnte, man hofft jedoch bald den in Palästina gepflanzten Tabak verwenden zu können.

(JPZ) Der Typographenverband in Jerusalem richtet einen offenen Brief an die jüd. Schriftsteller in Palästina, nicht das in Rückgang begriffene jüd. Druckereigewerbe zu übergehen und ihre Werke nicht wie bisher im Ausland drucken zu lassen. ²/₃ aller Setzer seien bei den beiden Tageszeitungen beschäftigt und wären nicht diese, so gäbe es in Jerusalem überhaupt fast kein jüd. Druckereigewerbe.

(JPZ) Das australische Mehl, das in Palästina vorzugsweise gebraucht wird, wird immer billiger. Das im Januar in Australien zur Verschiffung gelangende Mehl dürfte in Palästina für nicht mehr als 5 Grosch für das Rottel verkauft werden.

(JPZ) Der Gesundheitsdirektor der palästinensischen Regierung hat dem zion. Departement für Handel und Industre mitgeteilt, dass gegenwärtig für Fischerboote an der palästinensischen Küste keinerlei Quarantänebeschränkungen bestehen, dieselben müssen lediglich die Verordnungen über Bordhygiene mit sich führen und beobachten. (Ein Artikel dieser Verordnungen sieht vor, dass die Regierung in den Haupthäfen jederzeit Quarantäne verhängen kann.) (Ziko)

Geschäftliche Notizen.

Lotterie des Naturheilvereins Zürich. Wir bringen unsern Lesern hiemit zur Kenntnis, dass die 3. Ziehung der Lotterie des Naturheilvereins Zürich, welche auf den 30. Nov. angesetzt war, hat verschoben werden müssen. Infolge der grossen wirtschaftlichen Krisis hat der Verkauf der Lose leider nicht den Erwartungen entsprochen. Die 3. Ziehung, in welcher Treffer bis zu Fr. 50.000.— ausgelost werden, hoffen wir demnächst mitteilen zu können. Inzwischen sind die Treffer der 1. und 2. Ziehung immerhin ein sehr schönes Aequivalent, das von keiner andern schweizerischen Lotterie geboten wird, indem diese Treffer bis zu Fr. 20.000.— in bar, sofort ersichtlich und ohne jeden Abzug ausbezahlt werden. Dann darf diese Lotterie in bezug auf ihre interessante Kombination und nicht zuletzt auf den menschenfreundlichen Zweck dem Publikum auch fernerhin warm empfohlen werden.

Fahrpreis-Ermässigungen für die Besucher der Basler Mustermesse. Die Bundesbahnen haben der Schweizerischen Mustermesse folgende Fahrpreisermässigungen für Messebesucher zugebilligt: Ein gewöhnliches Billet einfacher Fahrt 2. Klasse, gilt für Hin- und Rückfahrt 3. Klasse, und ein einfaches Billet 1. Klasse gilt für Hin- und Rückfahrt 2. Klasse.

— Wir verweisen auf das Inserat in der heutigen Nnmmer der Fa. **O. Danner, Bern,** deren Geschäft sich durch reichste Auswahl aller Reiseartikel und feinen Lederwaren auszeichnet, und hoffen, dass unsere Leser dieses empfehlenswerte Geschäft durch häufigen Besuch beehren werden.

Empfehlenswerte Firmen in Basel u. Bern

Amerika

Passagiere (I., II. u. III. Klasse), die nach Amerika zu reisen beabsichtigen, erhalten bereitwilligst u. kostenlos Auskunft über beste und vorteilhafteste Ueberfahrten, sowie betr. Preise und Pässe etc. von der

Schweiz. Generalagentur

Kaiser & Cie., Basel

Stadt-Casino Basel

Café und Restaurant I. Ranges

Täglich Künstler-Konzerte

Grosse gedeckte Terrasse

BASEL



Hotel zum Storchen

Fein bürgerliches Haus

20 Billards .-· Orchester

Antiquités, Spécialité in Möbel in allen Stilarten, Oelgemälde, Silberwaren, Uhren in allen Stilarten

A. BOURGNON, Basel

Steinenthorstr. 10

Spezialgeschäft

Cigarren Cigaretten Tabak

R. Parpan

Centralbahnstrasse 11

Basel

am Bundesbahnhof

Confection Merkur, Basel

14 Eisengasse 14

Grösstes Spezialhaus

für Herren- und Damen-Konfektion

Elegante Neuheiten zu billigen Preisen



Feine Schuhwaren

Pflug A.-G.

Basel, Freiestrasse 38

Mech.

Seidenstoffweberei Bern

BERN

Länggasse Seidenweg

Spezialgeschäft für Reiseartikel und feine Lederwaren

O. Danner, Bern

Nachf. von Wwe. Schaerer

Kramg. 19 :-: Kirchg. 20

Telephon 8.65

REPARATUREN

Werke aus dem Verlage PAUL HAUPT, Bern

Zur Geschichte der Juden von Elephantine

von Dr. phil. Hedwig Anneler, Buchschmuck von Karl Anneler, Umfang 150° Seiten mit Abbildungen. Preis Fr 6.— broschiert.

Die Entstehung des Schulchan-Aruch.

Beitrag zur Festlegung der Halacha, von Dr. Ch. Tschernowitz, Umfang 77° Seiten. Preis Fr. 3.50, broschiert.

Gut, Geld und Kapital.

Ein Beitrag zur Böhm-Bawerk'schen Theorie von Dr. Edm. Goetschel, Fürsprecher, Umfang 152° Seiten. Preis Fr. 8.— broschiert. — Literarische Werke besorgt bereitwilligst die akadem. Buchhandlung PAUL HAUPT, BERN Falkenplatz 14

Täglich frisches

Geflügel jeder Art

כשר Streng כשר

Unter Aufsicht Sr. Ehrw. Rabb. Dr. Cohn, Basel

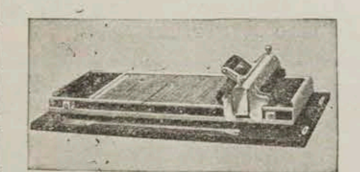
Prompter Versand nach auswärts

P. Puricelli, Basel

Pfluggasse 3 Telephon 6943

Absatzstockung?

Der **NOCOVE**-Apparat liefert Ihnen stündlich



500 persönliche Propaganda-Briefe!

Verlangen Sie Offerte von der

Allgemeine Büro-Organisation A.-G., Basel

Aeschenvorstadt 4—5

Cinéma ALHAMBRA | **Théâtre ELDORADO**

Freiestrasse-Falknerstr. **BASEL** Steinenvorstadt 67

Von Mittwoch, den 7. bis inkl. Samstag, den 10. Dez.

Auf vielfaches Verlangen!

Atlantis

Das ganze Werk in einer Vorführung

Von Sonntag, den 11. Dez. bis inkl. Dienstag, den 13. Dez.

The Kid

Charlot's Meisterstück

Auf allgemeines Verlangen!

Von Mittwoch, den 7. bis inkl. Samstag, den 13. Dez.

Wallace Reid

das männliche Schönheitsideal eleganter Frauen in

Das wertvolle Dokument

Schauspiel in 4 Akten

Der zerstörte Abgott

Drama in 4 Teilen mit

Lina Cavalieri

Eine gute Uhr ist ein gediegenes Festgeschenk

Reiche Auswahl in Qualitäts-Uhren finden Sie bei

A. Zimmermann

Falkenpl. 1 BERN Kramgasse 6

Telephon 63.15

Das allgemeine jüdische Krankenhaus

„Schaare-Zedek" zu Jerusalem

bittet für seine Kranken

Organisation rein europäisch — Isolierhäuser für Ansteckende —

Aufnahme unterschiedslos für Alle. Höchste Anerkennung aller Behörden, hält sich für gewissenhafte Uebernahme v. Stiftungen empfohlen.

Briefe: Zentralbüro für jüd. Angelegenheiten Luzern

Geldsendungen: Postcheck-Konto Luzern VII 1096


Berücksichtigt die Inserenten der „JPZ"!